

Protest und Diffamierung

Erneut sind alle Flüchtlingsunterkünfte in Karlsruhe bis zum sprichwörtlich letzten Platz belegt, der Zustrom an Asylbewerbern reißt nicht ab. Fast hilflos ringt die große Politik um Maßnahmen, die Kommunen zu entlasten und Platz für jene zu schaffen, die wirklich Anspruch auf Asyl haben. Ins Visier hat der Bundesinnenminister die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber genommen, die verstärkt stattfinden soll. Denn nur so könne die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung langfristig sicher gestellt werden. Die Fachleute aus Ministerien und Behörden beklagen hier viele Defizite und ein bewusstes Diskreditieren staatlichen Handelns durch bestimmte Kreise. Und da lohnt sich natürlich ein Blick nach Karlsruhe. Diese Woche wurden erneut 69 Asylbewerber in den Kosovo abgeschoben. Eigentlich sollten rund 120 Asylbewerber die Heimreise antreten, ein Teil war aber nicht auffindbar... In welchem Klima findet dies in Karlsruhe statt? Auch in Karlsruhe gab es und gibt es immer wieder Proteste gegen die Abschiebung. Seit längerem läuft in Karlsruhe ein Modell-

Stadtgespräch

versuch, um jene Asylbewerber, die keine Chance auf Anerkennung haben, nicht erst ins ganze Land zu verteilen. Dies macht Sinn, Ministerpräsident Kretschmann hat sich zu dieser Beschleunigung von Abschiebungen bekannt. Die Entscheidungsträger vor Ort stehen aber im Visier: Antifa-Anhänger blockierten kurzzeitig die Landeserstaufnahmeeinrichtung, die Polizei beendete die Blockade. Auch in Karlsruhe müssen es sich Mitarbeiter des Regierungspräsidiums seit Wochen gefallen lassen, dass sie von linksanarchistischen Gruppen nach diesen Abschiebungen rhetorisch attackiert und zum Teil öffentlich denunziert werden, da sie eine angeblich menschenverachtende Flüchtlingspolitik durchsetzen. Wohlgemerkt: Das sind Beamte eines Landes, das die meisten Flüchtlinge in Europa aufnimmt. Beamte in einer Stadt, die seit Monaten tausende von Flüchtlingen beherbergt. Doch für die Anhänger eines „Bleiberechts für alle“ sind diese Anstrengungen kein Grund zum Lob. Wenn am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens für einen insgesamt kleinen Teil der Asylbewerber die Abschiebung steht, ist ihnen das nur Grund zur Diffamierung. Vielleicht wäre dies auch die Gelegenheit für Regierungspräsidentin Nicolette Kressl, sich einmal mit einem öffentlichen Wort hinter ihre Beamten und deren schwierige, aber notwendige Arbeit zu stellen. Theo Westermann